



E-Mail

Print- und AV-Medien
Stadt Luzern

KOMM

Steuergesetzrevision 2011 und Rezession führen zu hohem Defizit – Unterstützung durch Kanton notwendig

Medienmitteilung

Luzern, 31. März 2009

Während die Rechnung 2008 von Littau und Luzern gut abschliesst und sich die Fusion der beiden Gemeinden finanziell ausgeglichen zeigt, ergeben sich für die Finanzplanung 2010–2014 komplett veränderte Rahmenbedingungen. Die Weltwirtschaftskrise, die vom Kantonsrat beschlossene Steuergesetzrevision 2011 und neue Kosten bei der Pflege führen zu sehr hohen Defiziten. Mit verschiedenen Massnahmen will der Stadtrat dieser schwierigen Lage begegnen. Stichworte sind: Auflösung von Reserven, Entlastungen durch den Kanton, Sparmassnahmen und eine Steuerfusserhöhung der Stadt.

Wiederum gemeinsam präsentieren die Stadt Luzern und die Gemeinde Littau ihren Rechnungsabschluss, rund neun Monate vor der dem Stichtag der Fusion. Am 1. Januar 2010 werden die beiden Gemeinden vereint sein.

Luzern: + 12.3 Mio. Franken

Das Rohergebnis der Rechnung der Stadt für 2008 schliesst mit einem Überschuss von 12.3 Mio. Franken ab. Ausgaben in der Höhe von 578,2 Mio. Franken stehen Einnahmen von 590,5 Mio. Franken gegenüber. Die städtische Rechnung weist Nettoinvestitionen in der Höhe von 81,2 Mio. Franken auf. Der Stadtrat schlägt dem Grossen Stadtrat vor, den Überschuss wie folgt zu verwenden: Mit 5 Mio. Franken werden zusätzliche Abschreibungen vorgenommen. 7 Mio. Franken werden für die Sanierung der städtischen Pensionskasse zurückgestellt. Aufgrund der Finanzmarktkrise ist der Deckungsgrad der Kasse zu tief. Die Nettoschuld der Stadt lag Ende 2008 bei 44 Mio. Franken oder 751 Franken pro Kopf (Vorjahr: 346 Franken pro Kopf).

Littau: + 2.44 Mio. Franken

Die zweitletzte Rechnung der Gemeinde Littau schliesst um 4.3 Mio. Franken besser als budgetiert ab. Einem Aufwand von 100.46 Mio. Franken stehen Einnahmen von 102.9 Mio. Franken gegenüber. Daraus resultiert ein Gewinn von 2.44 Mio. Franken. Der Gemeinderat schlägt dem Einwohnerrat folgende Verwendung des Gewinns vor: 1,68 Mio. Franken werden zur Abschreibung des Bilanzfehlbetrages verwendet und 0,76 Mio. Franken werden dem Eigenkapital zugewiesen. Der Cash Flow beträgt 6.45 Mio. Demgegenüber beliefen sich die Nettoinvestitionen auf 1 Mio. Franken, woraus ein Selbstfinanzierungsgrad von weit über 100% resultiert. Die Verschuldung konnte um 5.5 Mio. abgebaut werden. Sie lag Ende 2008 bei 54.4 Mio. Franken oder 3'193 Franken pro Kopf. Die Entwicklung ist sehr erfreulich.

Fusion auch finanziell auf Kurs

Zurzeit beginnt die Detailplanung des ersten Budget der vereinigten Stadt für das Jahr 2010. Im Hinblick darauf stellen Stadtrat und Gemeinderat eine ausgeglichene Fusionsbilanz in Aussicht. Gemäss Fusionsvertrag liegt der Synergie- und Einsparungsbetrag bei 12 Mio. Franken. Zurzeit sind die Beträge zu 95% identifiziert. Dieses Ziel wird mit gegen 100 Massnahmen erreicht. Die Behörden sind überzeugt, dass auch noch die letzten 5 Prozent innert Frist erreicht werden. Parallel werden die Leistungsangleichungen zwischen den Gemeinden geplant. Sie belaufen sich auf maximal 3 Mio. Franken.

Die 2006 im Fusionsvertrag dargestellte Fusionsbilanz erhielt markante Veränderungen. Luzern beschloss für 2008 eine Senkung des Steuerfusses von 1.85 auf 1.75 Einheiten. Von dieser Senkung profitiert Littau ab 2010. Der Ertragsausfall für die gemeinsame Rechnung steigt von 7 auf 9 Mio. Franken. Durch mehr Dynamik aufgrund der grösseren Steuersenkung sollen die 2 Mio. Franken kompensiert werden.

Eine zweite Veränderung brachte das Nein der kantonalen Stimmbevölkerung zum 20 Mio. Franken Beitrag des Kantons an die Gemeindefusion. Dank einer Rückstellung der Stadt können 10 Mio. Franken kompensiert werden. Der zweite Teil des fehlenden Beitrages wird durch eine beschleunigte Umsetzung der Synergien erreicht. Die vielen vorzeitigen Zusammenschlüsse von Verwaltungsbereichen sind Zeichen, dass die Fusion auch für den Aufbau der künftigen Verwaltungsorganisation auf Kurs ist.

Neue Rahmenbedingungen verschlechtern Lage massiv

Stadtrat und Gemeinderat haben an einem gemeinsamen Seminar die finanzielle Lage im Übergang zur vereinigten Gemeinde und für die Planperiode 2010–2014 analysiert und Beschlüsse zuhanden Verwaltung und Parlament gefasst. Diese Entscheide wurden durch zwei

markante Tatsachen beeinflusst: Die weltweite Finanzmarktkrise und die Revision des kantonalen Steuergesetzes mit der Halbierung der Steuern für Unternehmen ab 2012.

Stadtrat und Gemeinderat begrüssen die steuerliche Entlastung der natürlichen Personen. Diese kantonale Strategie verfolgen die beiden Gemeinden wenn möglich auch. Sie ist ein Weg, auf moderate Weise den Steuersenkungen in den unmittelbar an die Stadtregion Luzern angrenzenden Nachbarkantonen Zug, Schwyz, Nid- und Obwalden zu begegnen. Kanton und Gemeinden sind gut beraten, alles Vernünftige zu veranlassen, dass die Abwanderung in diese Kantone gebremst werden kann. Grosse Sorgen bereiten Stadtrat und Gemeinderat aber die Halbierung der Unternehmenssteuer, welche bei der Stadt 12 Mio. Franken Ausfälle verursacht. Dies, obwohl der Standort Luzern bei den Unternehmenssteuern bereits heute voll konkurrenzfähig ist.

Massive Defizite in Aussicht

Die vereinigte Stadt Luzern verliert ab 2012 durch die Steuergesetzrevision jährlich Einnahmen von 21 Mio. Franken. Dieser Ausfall fällt zu einem schwierigen Zeitpunkt an. Es ist absehbar, dass in dieser Periode die Steuereinnahmen aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise zurückgehen werden. Zudem fallen künftig Pflegekosten von schätzungsweise 5 bis 10 Mio. Franken zusätzlich bei der Stadt an. Diese Pflegekosten sowie Einnahmeausfälle aus der Wirtschaftskrise und soziale Folgekosten wurden nicht in die Überlegungen der Steuergesetzrevision 2011 miteinbezogen. Luzern und Littau rechnen ab 2012 mit massiven Defiziten von 50 bis 70 Mio. Franken. In dieser Ausgangslage wird der Stadtrat im Laufe der nächsten Planungsperiode eine Steuerfusserhöhung beantragen müssen.

Stadtrat unterstützt Referendum nicht

Alles weist darauf hin, dass wirtschaftlich und finanzpolitisch schwierige Zeiten bevorstehen. Der Stadtrat hätte sich in dieser Situation einen anderen Entscheid des Kantonsrates zur Revision des Steuergesetzes oder zumindest einen Aufschub dieses Entscheids gewünscht, und er hat dies auch klar gegenüber Öffentlichkeit und Politik dargelegt. Die Mehrheitsverhältnisse bei der Abstimmung im Kantonsrat waren aber mehr als deutlich. In der jetzigen angespannten Situation erachtet der Stadtrat eine über Monate andauernde öffentliche Kontroverse mit der Kantonsregierung und der grossen Mehrheit des Parlaments als nicht sinnvoll. Er wird aus diesem Grund ein allfälliges Referendum gegen das Steuergesetz nicht unterstützen und sich im Abstimmungskampf nicht aktiv engagieren.

Stadt erwartet kantonale Unterstützung

Die Stadt wird – auch weil sie einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Steuererträgen juristischer Personen aufweist – von den Auswirkungen der Revision besonders stark betroffen. Gleichzeitig nimmt sie noch immer zentralörtliche Aufgaben in beträchtlichem Umfang wahr. In den nächsten Jahren stehen grosse Investitionsprojekte (Stichwort Allmend) mit stark regionaler Bedeutung, aber fast ausschliesslich städtischer Finanzierung an. Der Stadtrat erwartet in dieser Situation, dass der Kanton Hand bietet zu weiteren Entlastungen, etwa beim Finanzausgleich, wo die Kosten der Enge gemäss allen verfügbaren Daten und Studien ungenügend berücksichtigt sind, bei der Aufklassifizierung von Gemeindestrassen zu Kantonsstrassen oder bei den grossen Kulturbetrieben, wo die Stadt auch nach der laufenden Neuregelung der Finanzierung noch immer hohe Standortbeiträge bezahlt.

Starke Stadtregion und Tiefbahnhof

Ebenso zwingend ist es, dass der Kanton weiterhin an seinen strategischen Zielen festhält, dass er also nicht nur die Steuerbelastung reduziert, sondern auch die Bildung einer starken Stadtregion und innovativen Lösungen im Mobilitätsbereich (insbesondere Rotsee kurz / Tiefbahnhof) aktiv fördert und finanziert. Die Stadt will den durchgehenden Doppelspurausbau zwischen Luzern und Zürich mit der Tiefeinfahrt ab Ebikon in einen Tiefbahnhof Luzern. Trotz Finanzengpass will daher die Stadt ihren ÖV-Fonds mit jährlich 5 Mio. Franken weiter äufnen, da eine Vorfinanzierung des zentralen Bahnprojekts durch die Kantone Luzern, Ob- und Nidwalden sowie durch die Luzerner Gemeinden (inkl. Stadt Luzern) unabdingbar sein wird.

Sparmassnahmen und Steuererhöhung

Auch wenn die – aus Sicht des Stadtrates mehr als berechtigten – Forderungen an den Kanton erfüllt werden, wird die Stadt angesichts der schwierigen Lage nicht darum herum kommen, weitere Sparmassnahmen zu ergreifen, was diesmal kaum ohne Leistungsabbau möglich sein wird. Aufgrund des heutigen Planungsstandes muss der Stadtrat auch eine Steuererhöhung per 2012 in die Planung aufnehmen, da es – wenn die gemachten Annahmen zutreffen – nicht realistisch ist, die Probleme allein mit Entlastungen und Sparmassnahmen zu lösen. Sollte sich die Lage weniger dramatisch entwickeln als heute angenommen, wird der Stadtrat gerne auf diese Erhöhung verzichten. Sollten die Annahmen hingegen zu optimistisch sein oder sollten zusammen mit dem Kanton keine tauglichen Lösungen gefunden werden, könnte eine Steuererhöhung in höherem Umfang ein Thema werden.

Aus den obigen Darlegungen ergeben sich für den Stadtrat für die Planungsperiode 2010–2014 folgende zentralen Massnahmen:

➔ Auflösen von Reserven und Rückstellungen aus den vergangenen Jahren ab 2010 in der Höhe von insgesamt 60 Mio. Franken.

➔ Reduktion der Abschreibungen pro Jahr ab 2011 um 10 Mio. Franken pro Jahr.

➔ Sofortige Aufnahme von Gesprächen mit dem Kanton, um Entlastungen ab 2011 in folgenden Bereichen von mindestens 7.5 Mio. Franken pro Jahr zu erzielen:

- Finanzausgleich
- Aufklassifizierung von Gemeindestrassen zu Kantonsstrassen
- Kultur
- Volksschule: Kostenteiler Kanton – Gemeinden
- Pflegefinanzierung

➔ Planen und Umsetzen eines städtischen Sparpakets mit Leistungsabbau von mindestens 7.5 Mio. Franken pro Jahr ab 2011.

➔ Sofern übrige Massnahmen nicht genügen: Erhöhung des Steuerfusses um 1/10 Einheiten ab 2012, was Einnahmen von 15 Mio. Franken pro Jahr ergeben wird.

Weitere Auskünfte erteilen Ihnen:

Stadt Luzern

Finanzdirektion

Stadtrat Franz Müller

Telefon: 041 208 83 82

E-Mail: franz.mueller@stadtluzern.ch

Zeit: Dienstag, 31. März 2009, 11.00–11.30 Uhr

Gemeinde Littau

Gemeindepräsident Josef Wicki

Telefon: 079 541 17 49

E-Mail: josef.wicki@littau.ch

Zeit: Dienstag, 31. März 2009, 10.45–11.15 Uhr